

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe
der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/667 —

Rechtsextremismus und das Publikationsorgan „Ostpreußenblatt“

In den letzten Jahren wandte sich das „Ostpreußenblatt“, das offizielle Organ der Landsmannschaft Ostpreußen, immer wieder gegen die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa: Revanche für den verlorenen Zweiten Weltkrieg und Revision des Status quo, einhergehend mit einer unübersehbaren Rehabilitierung des deutschen Faschismus und der permanenten Relativierung der Einmaligkeit der Verbrechen des NS-Staates.

Die Erreichung dieser Ziele erwartet das „Ostpreußenblatt“ offenbar aus einem Schulterschuß mit dem bundesdeutschen Rechtsextremismus. So kann beobachtet werden, daß rechtsextreme Organisationen, wie der von der NPD unterwanderte Studentenbund Schlesien und die Hochschulgruppe Pommern (vgl. Opbl. 19. November 1983, 4. August 1984, 1. Dezember 1984), und der selbst vom Bundesministerium des Innern als rechtsextrem eingeschätzte Gesamtdeutsche Studentenbund (einst ODS) im „Ostpreußenblatt“ immer wieder publizieren können. Ebenfalls können im „Ostpreußenblatt“ der rechtsextreme Verein des Deutschtums im Ausland, die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft e.V. usw. zu Wort kommen. Außerdem können u. a. die „Unabhängigen Nachrichten“ im „Ostpreußenblatt“ inserieren.

Für rechtsextreme Bücher wird im „Ostpreußenblatt“ fortlaufend Reklame gemacht, egal ob für einstige NPD-Chefs oder für Vordenker der „Neuen Rechten“. So u. a. für:

- Adolf von Thadden, „Die verfemte Rechte“, K. W. Schütz-Verlag,
- Pierre Krebs, „Die europäische Wiedergeburt“, Grabert-Verlag,
- Richard W. Eichler, „Die Wiederkehr des Schönen“, Grabert-Verlag,
- Max Klüver, „War es Hitlers Krieg?“, Drüffel-Verlag,
- Dietmar Munier, „Geschundenes Land“, Arndt-Verlag,
- Emil Schlee (Hrsg.) „Deutsche Fragen – Deutsche Antworten“, Arndt-Verlag,
- Eckart Knaul, „Das biologische Massenwirkungsgesetz“, Türmer-Verlag,
- Alain de Benoist, „Die entscheidenden Jahre“, Grabert-Verlag,
- Hamilton Fish, „Der zerbrochene Mythos“, Grabert-Verlag,

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministers des Innern vom 24. Juni 1991 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

- Michael Bolle, „Kleiner Grenzverkehr bei Nacht“, Arndt-Verlag,
- Herbert Tage, „Wo ist Kain?“, Askania-Verlag,
- H.-D. Sander, „Die Rückkehr des nationalen Elements in die Politik“, Missus-Schriftenreihe Nr. 1,
- Michael Braga (alias Hans-Michael Fiedler), „Völker zur Freiheit“, Arndt-Verlag.

Gleichfalls können Personen aus dem bundesdeutschen Rechts-
extremismus im „Ostpreußenblatt“ publizieren, so Gerd-Klaus Kalten-
brunner, Hendrik van Bergh, Emil Schlee, Martin Jenke u.v.m. wie
umgekehrt Redakteure des „Ostpreußenblatt“ auch in Zeitungen wie
u. a. „Europa“ schreiben.

Die Vorbemerkung enthält Unterstellungen, auf die näher einzu-
gehen nicht Aufgabe der Bundesregierung ist.

1. Wird das „Ostpreußenblatt“ aus Bundesmitteln, die eventuell über
den Bund der Vertriebenen fließen, finanziert, und wenn ja, seit
wann und in welcher Höhe (aufgeschlüsselt nach Jahren)?

Die Landsmannschaft Ostpreußen erhält seit dem zweiten Halb-
jahr 1984 Bundesmittel für den Ankauf der Zeitschrift „Das Ost-
preußenblatt“.

Im einzelnen wurden folgende Beträge zur Verfügung gestellt:

1984:	12 240 DM	1988:	23 000 DM
1985:	22 930 DM	1989:	17 250 DM
1986:	23 000 DM	1990:	20 666 DM
1987:	23 000 DM		

Es ist beabsichtigt, die Förderung 1991 letztmalig zu gewähren.

2. Welche Bücher von Rechtsextremisten wurden im „Ostpreußenblatt“
in den letzten zehn Jahren besprochen oder in anderer Weise ange-
gripen?

Hierüber liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.
Anhaltspunkte für Bestrebungen im Sinne der §§ 3, 4 BVerfSchG
sind nicht bekannt; eine systematische Auswertung der Zeitschrift
durch den Verfassungsschutz kommt deshalb aus rechtsstaat-
lichen Gründen nicht in Betracht.

3. Welche Rechtsextremisten und rechtsextreme Organisationen konn-
ten im „Ostpreußenblatt“ in den letzten zehn Jahren veröffent-
lichen?

Es wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

4. Welche Autoren des „Ostpreußenblatt“ haben in den letzten zehn
Jahren in rechtsextremen Zeitungen publiziert bzw. waren als Refe-
renten bei rechtsextremen Organisationen geladen?

Es wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

5. Von welchen rechtsextremistischen Veranstaltungen hat das „Ostpreußenblatt“ in den letzten zehn Jahren berichtet, und welche auf diesen Veranstaltungen gehaltenen Reden wurden wann im „Ostpreußenblatt“ nachgedruckt?

Es wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

6. Wird das „Ostpreußenblatt“ vom Verfassungsschutz ausgewertet, und wenn ja, wieso fließen diese Ergebnisse nicht in die entsprechenden Verfassungsschutzberichte ein?
Wenn nein, warum nicht?

Es wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

7. Ist die Bundesregierung nach wie vor der Ansicht, daß von einem Treiben der Rechtsextremisten in den Vertriebenenverbänden und deren Presse nicht die Rede sein kann?

Die Vertriebenenverbände sind ebenso wie andere Vereinigungen immer wieder Ziel von Bemühungen von Rechtsextremisten, Einfluß zu gewinnen. Versuche, den Vertriebenenverbänden selbst extremistische Aktivitäten zu unterstellen, weist die Bundesregierung in der Tat weiterhin zurück.

